



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Nach dem Frieden mit Amerika. Wenn man in England jetzt den Amerikanern Liebenswürdigkeiten sagt, so entspricht das unmittelbar gegebenen politischen Notwendigkeiten. Wenn man das gleiche in Frankreich und Deutschland tut, und dabei, wie in Frankreich durchgängig und in Deutschland teilweise und unter anderem gerade an Stellen, die z. B. Frankreich gegenüber in allen Punkten der nationalen Würde überaus empfindlich sind, über die Grenze allgemeiner höflicher internationaler Umgangsformen hinausgeht, so ist das nichts als Liebedienerei und Verrat am Europäertum. Und obendrein, wie der Friedensvertrag mit Amerika beweist, durchaus vergeblich. Es hat natürlich gar keinen Zweck, wilde Philippiken gegen Amerika im besonderen und allgemeinen zu halten, und wäre unverständlich, gerecht und billig, aber auch nur nüchtern und ruhig denkende Amerikaner zu vergrämen, aber wir wollen und können es nie vergessen, daß es gerade ein Amerikaner war, der aufrichtige deutsche Friedenshoffnung in der wörtlichsten Bedeutung des Wortes betrogen, der ohne Not und ausgerüstet mit der höchsten moralischen Autorität, die im Weltkriege einem Regierungsmitglied zugesprochen war, die Hand zu allen Vergewaltigungen geboten hat, denen Deutschland seit dem Waffenstillstand ausgesetzt gewesen ist. Obwohl gerade er die Möglichkeit gehabt hätte, die die Regierungshäupter der europäischen Staaten nach ihren propagandistischen Rundgebungen oder Wahltreden nicht mehr völlig besaßen: auf die Sieger mäßigend und im Sinne einer friedfertigen politischen Auffassung einzuwirken. Und wenn auch dieser Amerikaner nach seiner Rückkehr gestürzt worden ist, so beweist doch gerade dieser deutsch-amerikanische Friedensvertrag, daß nicht diese Punkte es sind, die Amerika mißbilligte. „Mit Einschluß aller Rechte und Vorteile, die zugunsten der Vereinigten Staaten in dem Vertrag von Versailles festgesetzt sind und die die Vereinigten Staaten in vollem Umfange genießen sollen, ungeachtet der Tatsache, daß dieser Vertrag von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist“, heißt es in § 1 des Vertrages. Mag sein, daß dieser Satz und die ganze dem Vertrag zugrunde liegende Auffassung, die den Versailler Vertrag einerseits kritisiert und teilweise verwirft, ihn andererseits aber doch wieder als gültig anerkennt, obwohl man ihn nicht ratifizieren will, aus den sehr komplizierten und eigenartigen innerpolitischen Verhältnissen Amerikas heraus notwendig sind, als außenpolitisches Ergebnis ist doch festzustellen, daß Amerika aus Rücksichtnahme auf die Ententestaaten mit der Politik dieses Friedensvertrages nicht bricht und dem Besiegten nicht nur die daraus auch gegenüber Amerika entspringenden Lasten, sondern noch seine eigenen Wünsche und Forderungen aufzwingt. Es hat nach Lage der Dinge keinen Zweck, mit der deutschen Regierung darüber zu rechten, daß sie nicht einmal in Sachen der deutschen Kolonien und der Verantwortlichkeit für den Krieg eine Differenzierung durchdrücken konnte, auch dieser Vertrag gehört zu der großen verlustreichen Gesamtliquidierung des verlorenen Krieges, mit Wehrlosen hat noch niemand in der Politik viel Federlesens gemacht und eine Ablehnung deutscherseits war nicht möglich, da augenblicklich Deutschland „freundschaftliche Beziehungen“ zu Amerika viel notwendiger braucht als umgekehrt Amerika. Aber die diesem Präliminarfrieden, wie man ihn mit Recht bezeichnet hat, folgenden Verträge müßten wider Erwarten schon sehr günstig für Deutschland ausfallen, um das Gefühl unsäglicher Bitterkeit, das er ausgelöst hat, abzuschwächen oder gar vergessen zu lassen. Zur ausdrücklichen Betonung einer Politik deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit in Rußland, wie sie unlängst ein durch seine Perspektiven sehr beachtenswerter, in seiner Opportunität aber von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (vom 28. August) mit Recht angefochtener Artikel des „Hamburgischen Correspondenten“ vertreten hat, ist vorderhand vollends kein Anlaß. Überhaupt dürfte die Zeit zu endgültigen „Orientierungen“ und zu einer mit gewissen Mächten durch dick und dünn gehenden Kombinationspolitik für Deutschland noch lange nicht gekommen sein. Ein Schwacher zwischen lauter-

Starke kann nur laviere und von Fall zu Fall sich entschließen, erst ein Starke, der Wesentliches zu bieten oder zu versagen hat, dauernde Bindungen eingehen.

Politisch bedeutsamer ist die Artikelreihe, die Keynes in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht, weniger durch das viele mehr oder weniger Bekannte, was sie darlegt, als durch das Echo, das sie namentlich in Frankreich geweckt hat. Es ist überaus bezeichnend, daß die sachlichen Ausführungen Keynes' hier nirgends widerlegt, vielmehr im Grunde stillschweigend anerkannt worden und zum Anlaß genommen sind, die Ergebnisse der letzten alliierten Finanzkonferenz zu bekämpfen und vor Eintritt des deutschen Staatsbankrotts und dem damit verbundenen Zusammenbruch aller französischen Reparationshoffnungen für Frankreich noch das Wenige zu retten, was gegen den Widerstand der Alliierten zu retten sein wird. Gleichzeitig muß aus dem Fehlen sachlicher Entgegnungen wohl oder übel geschlossen werden, daß man sich in Frankreich in maßgebenden Kreisen mit dem Gedanken an den endgültigen Zusammenbruch der Reparationsidee vertraut zu machen beginnt, um dann der Pfandtheorie, die auf endgültige und dauernde Besetzung des linken Rheinufers ausgeht, zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist nicht abzusehen, wie dieser Entwicklung Einhalt getan werden könnte. Kein französischer Patriot kann ihr die Gefolgschaft versagen. Es mag patriotischer sein, dem Lande die konsequente Verfolgung des Machtgedankens bis zum letzten, die daraus entfliehende Überspannung und den notwendigerweise erfolgenden Rückschlag, den Frankreich bereits 1815 und 1871 erfahren hat, zu ersparen, aber in solchen Dingen pflegt kein Volk aus der Geschichte zu lernen und die Vertreter einer Mäßigungspolitik, die dem Lande zwar alle Möglichkeiten der Macht lassen, aber auch den französischen Steuerzahler weit mehr als bisher belasten würde, ohne die durch lärmende Kriegspropaganda genährten Hoffnungen auf unbedingte Vormachtstellung Frankreichs und endgültige Zerschmetterung Deutschlands zu erfüllen, werden diese vaterlandsliebenden Franzosen niemals durch Überlegungen wie es bei Durchführung der von ihren Gegnern angestrebten Gewaltpolitik „hätte kommen können“, von der Richtigkeit ihrer These überzeugen können. Dergleichen gehört zu den politischen Erfahrungen, die ein heißblütiges Volk praktisch erlebt haben muß und die es nicht einmal zuzugeben pflegt, wenn der Ausgang ungünstig entscheidet. Schon im Hinblick auf Clemenceau, der Frankreich dem Wohlwollen der Alliierten, dem Zahlungswillen Deutschlands auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hätte, hat man vom Staatsgerichtshof gesprochen, das gleiche Schicksal wartet derjenigen „Verräter“ — nicht umsonst hat der jetzige Ministerpräsident immer wieder der Kammer selbst alle Verantwortung für seine politischen Maßnahmen gegen Deutschland zugeschoben — die durch Verständigung mit einem im Ruin begriffenen Deutschland Frankreich in eine finanzielle Katastrophe führen ohne entsprechende „Kompensationen“: ein polnisches Oberschlesien, ein autonomes Rheinland, ein von Frankreich verwaltetes Ruhrgebiet, heimzubringen. Schon jetzt setzt das Patriotenorgan „Echo de Paris“ Preise für Prognostika über den Sturz des jetzigen Kabinetts und die Zusammenfassung des nächsten aus — eine sehr geschickte Art, die Volksstimmung zu sondieren und das Ansehen der gegenwärtigen Regierung zu schwächen — das Kabinett Briand wird, falls bis dahin die Bildung des angestrebten Vinksblocks noch nicht zustande gekommen ist, vielleicht schon über die Entscheidung betreffs Oberschlesien fallen und einem andern Platz machen, das das große Spiel der Trennung von den Verbündeten und der endgültigen Niederwerfung des Erbfeindes spielen wird.

Schon jetzt gibt man sich Mühe, für diesen Fall England zu neutralisieren und lahm zu legen. Polen sucht man durch diplomatische Unterstützung nicht nur in der Oberschlesien-, sondern auch in der Wilnafrage Litauen gegenüber, dem man als Ausgleich Memel zuzuschicken sucht, zu stärken. Vor allem aber setzt man auf dem Balkan die Steine gegen Englands Konstantinopelstellung. Der Bestrebungen, einen südslawisch-bulgarischen Balkanbund, der in Albanien, Makedonien und Thracien den Griechen Ungelegenheiten zu bereiten sucht und welchem nach immerhin nicht unmöglichen Rückschlägen an der kleinasiatischen Front und

einem daraus erfolgenden Regierungswechsel auch die Griechen beitreten könnten, ist an dieser Stelle schon gedacht worden. Bedeutsamer noch und konkreter scheinen die Abmachungen zu sein, die Laze Jonescu bei seinem Aufenthalt in Paris getroffen hat und über die er dem „Petit Parisien“ gegenüber nach einer Unterredung mit Briand immerhin soviel hat verlauten lassen, daß Rumänien im Interesse der Freiheit der Meerengen, wenn es (durch wen?) aufgefordert würde, an der Besetzung Konstantinopels oder der Meerengen teilzunehmen, sich einer solchen Aktion gern anschließen würde. Gleichsam als Antwort darauf gehen zwei neue englische Überdreadnoughts nach Konstantinopel ab.

Die Meerengenstellung hat England, seitdem es sich ihrer im Frühling vorigen Jahres mit raschem Zugriff versicherte, mit viel zuwartendem Geschick und allerdings auch vom Kriegsglück und der inneren Schwäche der türkischen Europastellung begünstigt, gehalten und ausgebaut. Mit Rücksicht auf die Alliierten, namentlich auf Frankreich, das sich in den Verlust seiner auf jahrhundertelanger Tradition beruhenden Orientstellung noch immer nicht fügen möchte und sogar wieder mit Hilfe von Serbentinnern und verantwortungslosen Italienern in Ägypten intrigiert, sowie auf die Mohammedaner in Indien, woher gerade jetzt wieder beunruhigende Nachrichten kommen, wollte und konnte man die Türken nicht selber aus Konstantinopel vertreiben, sondern versuchte durch mehrfache Kabinetts-umbildungen eine gefügige Regierung zu bilden. Als aber diese infolge Erstarkens der anatolischen Bewegung zwischen drei Feuer geriet, sich nicht entscheiden wollte und, wie auf der Londoner Konferenz klar zutage trat, von der Regierung in Angora in starkem Maße beeinflusst wurde, benutzte man die griechischen Bestrebungen, um diesen Einfluß zu schwächen, was einstweilen gelungen ist. Es war ein nicht geringer Erfolg Englands, wenn auf der Pariser Konferenz durch die Neutralitätserklärung der Großmächte die Griechen die Möglichkeit erhielten, ihre militärischen Erfolge weiter auszunutzen. Daß nun auf einmal der Schrei Griechenlands nach Konstantinopel selbst wieder laut wurde, liegt in der natürlichen Entwicklung der Dinge, denn von einem türkischen Thracien kann nach den Mißerfolgen der Anatolier vorläufig keine Rede sein, und eine griechische Vormachtstellung an den Meerengen ist durch England bequemer zu stützen als eine türkische. Ein aktives Eingreifen Rumäniens ist, solange mit Rußland nicht die bessarabische Frage, über die seit Jahren in immer neuen Ansätzen verhandelt wird, geregelt ist, eigentlich nicht gut möglich, und wäre nur denkbar, falls die rumänisch-polnischen Abmachungen sich auch auf die Sicherung Bessarabiens bezögen, was immerhin nicht ausgeschlossen wäre, die Polen aber leicht in neue Gegensätze zu Ukrainern und Russen bringen würde, die man gerade in der nächsten Zeit in Warschau nicht wünschen kann. Auf die Dauer gesehen, würde aber eine, von Frankreich widerwillig ertragene, englische Vorherrschaft in Konstantinopel eine französisch-russische bzw. südrussische Verbindung nötig machen, deren Kosten wiederum Polen und Rumänien zu tragen haben würden, was wieder Frankreichs Einfluß an Deutschlands Ostgrenze schwächen würde. Wie immer man also die Lage betrachtet, Englands Stellung am Bosphorus wird von Monat zu Monat stärker.

Inzwischen sichert sich England auch durch Eingriffe in die albanischen Verhältnisse den Beistand Italiens sowohl in der Oberschlesien- wie, wie man wenigstens vermuten darf, in Orientfragen. Auf der Pariser Konferenz hat man französischerseits noch versucht, in der Oberschlesienfrage Italiens diplomatische Unterstützung durch Versprechung französischer Hilfe bei Verhandlungen über die Insel Saffeno (oder Balona) zu bekommen. Jetzt tritt auf einmal der „Tempo“ für Freiheit und Integrität Albaniens ein, offensichtlich zugunsten der Südslawen. Wenn aber Italien an die von seiten des Obersten Rates geforderte Räumung Saffenos die Bedingung der Sicherung des Gleichgewichtes in der Adria knüpft, so ist es dabei der Unterstützung Englands sicher, dem an der Erhaltung eines französisch-italienischen Gegensatzes in Mittelmeerfragen gelegen sein muß. Aus dem gleichen Grunde ist England auch mit einer von Frankreich aus Abneigung

gegen König Konstantin gleichfalls vertretenen Beschneidung Griechenlands in Südalbanien (Argyrocastro und Koritra) einverstanden, da diese Beschneidung Italiens Interessen an Albanien wachhalten, den griechisch-italienischen Gegensatz, der Griechenlands Politik belastet, abschwächen hilft und Gelegenheit bietet, Griechenland anderswo, wo es England gelegen ist, das heißt auf dem östlichen Balkan zu entschädigen.

Auf diese Weise hat England seine Position, die durch das drohende Scheitern der Verhandlungen mit den Turen geschwächt wird, im Hinblick auf die neue Konferenz, die im Anschluß auf den Völkerbundsentscheid über Oberschlesien zusammentreten wird, gestärkt. Der Entscheid selbst macht, wie vorauszusehen war, die größten Schwierigkeiten, hauptsächlich deswegen, weil die Vertreter der einzelnen Staaten durch ihre Eigenschaft als Völkerbundsbeamte nicht entnationalisiert werden, sondern eben doch Vertreter ihrer Staaten bleiben. Das ist durch nichts klarer erwiesen, als durch die Ablehnung des Berichterfatteramts durch den Senator Quinones de Leon. Die Erklärung dafür liegt ohne Zweifel in der gerade jetzt aufs äußerste gefährdeten Stellung Spaniens in Marokko, wo die einheimischen Stämme, wohl mit unter Einfluß des unter großen Schwierigkeiten, aber doch mit stetigem Glück erfolgendem Vormarsch der Franzosen die Stelle des geringsten Widerstandes gesucht und gefunden haben. Es ist keine Frage und zudem aus den plumpen Kommentaren der Pariser Presse deutlich herauszulesen, daß Frankreich in Madrid mehr oder weniger versteckt gedroht hat, Spanien nicht nur in Marokko, sondern auch in Katalonien, wo französische Agenten seit Monaten schüren, Schwierigkeiten zu bereiten, wenn der Bericht gegen Polen laute, Frankreich ausfiele. Daß aber Spanien ablehnte, ein unparteiisches Urteil abzugeben, beweist, daß England, um die Reibungsflächen zwischen ihm und Frankreich gerade jetzt nicht unnötigerweise um eine neue zu vermehren, eine Unterstützung Spaniens in Marokko, die anscheinend schon König Alfons in London trotz des Interesses Englands an Tanger nicht hat durchsetzen können, nicht hat zusagen wollen. Ob der nun den Bericht übernehmende Vertreter Japans unabhängig und unparteiisch wird entscheiden sollen oder können, muß abgewartet werden, charakteristisch ist jedenfalls die gerade jetzt auftauchende Tempismeldung, die vielleicht nur auf einen französischen Bestechungsversuch hindeutet, daß Japan die Absicht hege, auf der Washingtoner Konferenz, die nun doch zustande kommen wird, die Einräumung einer Vorzugsstellung in Indochina zu beantragen. Wie immer dem sei, jedenfalls sind diese Vorgänge nicht gerade geeignet, das Zutrauen Deutschlands und der Oberschlesier zu der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Völker besonders zu erhöhen. Der „Tempus“ selber hat sich allerdings aus durchsichtigen Gründen dagegen verwahrt, daß Oberschlesien das Objekt eines Kuhhandels bilde, eine politische Entscheidung, die gegen Deutschland ausfiele, würde vor allem, was vorhergegangen, Englands Prestige in Europa unwiderbringlich schwächen, Deutschland selbst eine völlig andere Orientierung aufzwingen.

Menenius

Verantwortlich Hans von Sodenstern in Berlin.

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a. Fernruf: Bürow 6510.

Verlag: R. F. Koehler, Abteilung Grenzboten, Berlin.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 88/87

Rücksendung von Manuskripten erfolgt nur gegen beigefügtes Rückporto.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze ist nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlages gestattet.